



LIECHTENSTEINER

Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Der ganze Stolz des FCV-Gegners
Dungannon Swifts, auf die Vaduz
am Donnerstag trifft, brachten einst
einen Liverpool-Star heraus. 9

Liebesbetrug im Internet
Ein Kriminologe hat in Westafrika
Täter getroffen und erklärt das
Phänomen «Romance Scam» 12

1. AUGUST 2025, VADUZ
START RIDAMM CITY

JETZT
ENTENZERTIFIKAT
SICHERN!

WWW.ENTENRENNEN.LI

17. Sommer
Entenrennen
2025

**Zollstreit mit China:
Fristverlängerung bei
Verhandlungen**

Im Zollstreit mit China wollen die USA über eine Fristverlängerung reden. «Ich werde am Montag und Dienstag mit meinen chinesischen Amtskollegen in Stockholm sein und daran arbeiten, was am ehesten eine Verlängerung sein wird», sagte US-Finanzminister Scott Bessent gegenüber dem US-Sender Fox Business Network. Die Frist läuft eigentlich zum 12. August aus. 90 Tage lang sollten die Zölle reduziert werden, um Gespräche zwischen beiden Nationen zu ermöglichen. Zwischenzeitlich hatte US-Präsident Donald Trump Strafzölle auf Einfuhren aus China in die USA auf 145 Prozent erhöht. Peking hatte mit Gegenzöllen in Höhe von 125 Prozent reagiert. Zugleich bekräftigte Bessent die bisherige Frist zum 1. August mit anderen Ländern. Dann wollen die USA Zölle in unterschiedlicher Höhe erheben. Die Frist sei «ziemlich fix», sagte Bessent. Auf die Frage, ob dies auch für die EU gelte, sagte er, dass die Deadline für alle Länder gelte. (awp)

Sapperlot

Die Digitalisierung stellt neue Anforderungen. So wächst der Bedarf an sicheren Passwörtern, mit denen die eigenen Geräte und digitale Konten vor fremden Zugriffen geschützt werden können. Hierfür müssen die gewählten Codes jedoch gewisse Anforderungen erfüllen, die etwa das Schweizerische Bundesamt für Cybersicherheit (BACS) auf seiner Webseite nennt. Doch oft schliesst man damit nicht nur Fremde, sondern auch sich selbst aus. Zum Glück lösen Passwortmanager-Dienste mittlerweile dieses Problem: Hier können Kennwörter sicher notiert und verwaltet werden. Nun gilt es lediglich, sich den Code für den Passwortmanager selbst zu merken. Dieser ist natürlich auch dort abgespeichert und darf unter keinen Umständen vergessen werden. Andernfalls erinnert das an den alten Witz: «Ein Mann verliert seinen Briefkastenschlüssel. Die Hausverwaltung schickt ihm einen neuen – per Post. Wo landet der Schlüssel? Im Briefkasten.» Tobias Soraperra

Musik losa
wia an
Füarscht



www.vaterland.li/radio-vaterland RADIO Vaterland

LKW: Leistungsspitzen sollen flächendeckend gemessen werden

Wegen technischer Gründe gilt der Leistungspreis bisher nicht für alle – daran werde gearbeitet, so Büchel.

Sina Thöny

Das neue Tarifmodell der LKW erntete in der ersten Landtagssession der neuen Legislatur heftige Kritik: Für die Besitzer von PV-Anlagen und Kunden mit einem Verbrauch von über 15 000 kWh gilt neu ein Leistungspreis. Dass der Leistungspreis nur für diese Kundengruppe gilt, hat einen technischen Grund: Bisher können die Leistungsspitzen nur bei diesen Kunden gemessen werden. Das soll sich ändern, wie der zuständige Regierungsrat Hubert Büchel im Video-Talk des «Vaterlands» anlässlich der ersten 100 Tage der neuen Regierung erklärt.

Benachteiligung ja, aber nur übergangsweise

Die LKW setzten das neue Tarifmodell ein, um die Preise «transparenter» und «verursachergerechter» zu gestalten. Die Resonanz im Landtag war

aber eine andere: Vorwürfe der Benachteiligung oder gar der Diskriminierung gewisser Kunden durch das neue Tarifmodell musste sich Hubert Büchel bei seiner ersten Landtagssitzung anhören. Wie kann das Modell verursachergerechter sein, wenn es nur einen Teil der Verursacher überhaupt misst, tönte es aus dem Plenum. «Momentan ist eine flächendeckende Messung aus technischen Gründen nicht möglich. Daher gibt es vielleicht eine Benachteiligung aus diesem Grund», so der Regierungsrat im Interview. Doch das Ziel sei, die Messungen von Leistungsspitzen flächendeckend auszurollen, erklärt Büchel weiter, und den Leistungspreis dadurch auch auf andere Kundengruppen ausweiten zu können.

«Benachteiligung ja, aber die LKW arbeiten daran», fasst Regierungsrat Büchel zusammen. Zwischenzeitlich gilt der Leistungspreis nur für die Kun-

dengruppe 2, denn die Vorgängerregierung sowie die LKW hatten sich entschieden, nicht zuerst die flächendeckenden Messungen abzuwarten, sondern den Leistungspreis dort erstmals einzuführen, wo Messungen bereits möglich sind. Obwohl er damals noch nicht mitentscheiden konnte, unterstützt Regierungsrat Büchel dieses Vorgehen: «Daraus ergeben sich dann auch gewisse Erfahrungswerte.»

Sommerquartal soll Entlastung bringen

Wie sich dann im ersten Winterquartal zeigte, zahlte die Kundengruppe 2 tatsächlich mehr als andere Nutzer. Diese Zahlen basieren aber auf den höheren Winterpreisen, wie Büchel im Mai-Landtag bereits betonte. Damals stellte er eine Erleichterung für die Kundengruppe 2 im Sommerquartal in Aussicht. Davon geht der Regierungsrat auch aktuell noch aus, könne im

Detail aber noch nicht ausführen, wie er im Interview erzählt. Dies sei auch Sache der LKW. Erste Schritte für die Preisanpassungen nach unten legte bereits die Vorgängerregierung: Die LKW dürfen einen Teil des Gewinnes dazu verwenden, Strompreisvergünstigungen umzusetzen. Dies laufe weiterhin und die LKW arbeiten auch hier aktuell an der Umsetzung. So hat der Regierungsrat Büchel gute Nachrichten für Verbraucher: «Meines Wissens kommen diese Anpassungen nach unten.» Dass die Gewinne zur Senkung der Tarife verwendet werden, wollen die DpL mit einer kürzlich lancierten Gesetzesinitiative erreichen. Ausserdem fordern sie mehr Transparenz in der Rechnungslegung und ein Verbot der Quersubventionierung. Inhaltlich wollte sich Hubert Büchel zur Gesetzesinitiative in dem Video-Talk nicht äussern. Für intransparent halte er den Jahresbericht jedoch nicht. 3

Um ein Jahr verschoben: Die Tour de Suisse kommt erst 2027 nach Vaduz



Eigentlich hätte die Tour de Suisse 2026 in Vaduz enden sollen. Die Verantwortlichen haben aufgrund der Etappenplanung und logistischen Herausforderungen um eine Verschiebung angefragt, was vom OK in Vaduz gutgeheissen worden ist. So wird erst die Tour de Suisse 2027 in Liechtenstein beendet werden.

Bild: Daniel Schwendener (9.6.2024)

Ablenkung vom Epstein-Skandal?

Diesen Skandal wird US-Präsident Donald Trump einfach nicht los. Seit einer Woche dreht sich in den USA alles um den Fall Jeffrey Epstein. Der Präsident hatte in der Vergangenheit Kontakt zum verurteilten Sexualstraftäter, bestreitet aber jede Nähe. Doch viele seiner Anhänger glauben an eine Verschwörung: Sie sind überzeugt, dass es eine geheime Liste mit Namen prominenter Epstein-Kontakte gibt – und fordern, dass alle Ermittlungsakten endlich veröffentlicht werden. Trump und sein innerer Zirkel tun nun alles, um seine Anhänger von dem leidigen Thema abzulenken. Er selbst behauptet nun etwa, sein ursprünglicher Vorgänger Barack Obama habe den ganzen Epstein-Skandal erfunden und gehöre verhaftet.

Diese Forderung wird nun ausgerechnet von Trumps Geheimdienstchefin Tulsi Gabbard unterstützt, die während Obamas Amtszeit von 2013 bis 2016 Vizepräsidentin der Demokratischen Partei war und erst kürzlich den Republikanern beigetreten ist. Gabbard veröffentlichte am Wochenende eine Reihe von neuen Beweisen, die belegen sollen, dass Obama auch in den Wahlkampf 2016 eingegriffen habe, um Trump politisch zu schaden. «Ich werde alle Dokumente dem Justizdepartement übergeben, damit alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden», schrieb Gabbard in einem Statement. (tb) 14

Medienlandschaft: Wie es mit der «Geröllhalde» weitergehen könnte

Spruchreif sei noch nichts, aber Abklärungen für einen neuen Service Public laufen, so Regierungsrat Hubert Büchel im Videotalk.

Sina Thöny

Seit rund 100 Tagen ist die neue Regierung im Amt. Wie vier seiner Amtskollegen sitzt auch Hubert Büchel das erste Mal auf der Regierungsbank. Wie er die 100 Tage erlebt hat, welche Dossiers ihn in den letzten Monaten besonders beschäftigten und welche Punkte er bereits angehen konnte, erzählt der Minister für Inneres, Wirtschaft und Sport im Video-Talk mit dem «Vaterland».

Mehr Schlagfertigkeit im Landtag

«Man hat gewisse Vorstellungen, wie die Arbeit in der Regierung sein könnte. Schliesslich war es aber noch intensiver als erwartet», erinnert sich Hubert Büchel an den Start in die Regierungsarbeit. Eine Herausforderung sei die schiere Bandbreite an Themen, die ihn als Minister für Inneres, Wirtschaft und Sport erwarteten, gewesen. Das hiess zu Beginn vor allem eines: viel Neues zu lernen. Unterstützung erhielt Büchel vor allem durch sein erfahrenes Team in den Ministerien. Sie hielten ihn über Wasser, während die neuen Informationen einprasselten, lobt der Regierungsrat.

Auch neu für den ehemaligen stellvertretenden Landtagsabgeordneten war der Platzwechsel auf die Regierungsbank. Wo man sich als Landtagsabgeordneter bei Diskussionen auch mal etwas zurückziehen konnte, sei der Landtag als Regierungsrat «intensiver». Doch die Lernkurve steige weiter an: Für die nächsten Sitzungen will Regierungsrat Büchel vor allem an seiner Schlagfertigkeit arbeiten.

Haben sich vielleicht einige der politischen Ansichten nach dem Rollenwechsel geändert? «Das, was ich im Landtag gesagt habe, würde ich wahrscheinlich heute auch wieder so sagen», antwortet Büchel. Zum Beispiel der Spitalneubau: In seiner Landtagszeit gehörte er den kritischen Stimmen an. «Wenn ich es heute so anschau, sieht es nicht viel besser aus», erklärt der Regierungsrat. Doch er zeigt sich zuversichtlich, dass die durch den zuständigen Gesundheitsminister, Emanuel Schädler, angestossenen Gespräche das Projekt «vorwärts bringen». Ob er nie von einer als Landtagsabgeordneter getätigter Aussage eingeholt werde, kann der Regierungsrat aber doch nicht ganz ausschliessen.

LKW: Neues Tarifmodell und DpL-Initiative

In seiner ersten Landtagssession auf der Regierungsbank standen die Jahresberichte verschiedener staatsnaher Betriebe auf der Traktandenliste.



Regierungsrat Hubert Büchel stellte sich den Fragen der «Vaterland»-Redaktorin Sina Thöny.

Bild: Jamie Wirth

Besonders der Jahresbericht der Liechtensteiner Kraftwerke (LKW) sorgte für teils hitzige Diskussionen unter den Abgeordneten sowie einige kritische Fragen an den Wirtschaftsminister. Grund dafür: Das neue Tarifmodell der LKW. Das Ziel des Modells sei es, die Strompreise verursachergerechter und transparenter zu gestalten, betonte Büchel im Interview. Kunden sollen angeregt werden, mit ihrem Nutzungsverhalten das Netz zu entlasten. Seit Januar unterscheidet die LKW daher in zwei Kundengruppen: Zu der einen zählen Kunden mit einem Verbrauch von unter

«Das Ziel ist es, die Messungen flächendeckend auszurollen.»

15 000 kWh. Besitzer von PV-Anlagen und Kunden, deren Verbrauch über 15 000 kWh liegt, gehören der Kundengruppe 2 an. Für sie gilt ein Leistungspreis, welcher sich an den maximalen Leistungsspitzen bemisst.

Die Landtagsabgeordneten kritisierten, dass durch diese Einteilung die Kundengruppe 2 benachteiligt werden könnte. Nach der Diskussion im Landtag fragte der Regierungsrat bei den LKW nach, wie das neue Tarifmodell bei den Kunden ankam: «Anfragen bei den LKW gab es kaum. Man konnte sie gut abhandeln», so der Wirtschaftsminister. Noch gilt der Leistungspreis nur für die Kundengruppe 2, weil bei Kunden mit hohem Verbrauch und Besitzern von PV-Anlagen die Leistungsspitzen gemessen werden können. Bei anderen Kunden sei dies zur Zeit tech-

nisch noch nicht möglich. «Das Ziel ist es, diese Messungen flächendeckend auszurollen», erklärt Büchel. Das schrittweise Vorgehen der LKW unterstützt der Regierungsrat: «So kann man auch gewisse Erfahrungswerte sammeln.»

Das Thema LKW beschäftigte einige Abgeordnete auch über die Landtags-sitzung hinaus: So lancierten die DpL eine Gesetzesinitiative, die, zusammengefasst, mehr Transparenz in der Rechnungslegung und der Revisionsstelle, sowie eine Gewinnverwendung zur Tarifenkung und ein Verbot der Quersubventionierung fordert. Inhaltlich will sich der Wirtschaftsminister nicht zu der Initiative äussern, da sich diese zur Zeit noch in der Prüfung befindet. Die Kritik, dass der Jahresbericht intransparent sei, kann Büchel so nicht nachvollziehen. Aber natürlich könne man «immer etwas besser kommunizieren»: Ob in Zukunft die ein oder andere Stelle leicht angepasst werden könnte, schliesst der Regierungsrat daher nicht aus.

Unsicherheit wegen US-Zöllen

Ein weiteres, gewichtiges Dossier sind aktuell die US-Zölle. Noch warten Liechtenstein und die Schweiz auf den ominösen Brief aus den USA, der die Höhe der verhängten Zölle ankündigt. Das Warten und die Willkür Sorge für Unsicherheit

bei den liechtensteinischen Betrieben. Bei der ersten Ankündigung am Liberation Day anfangs April setzte die Vorgängerregierung eine Task Force ein, an der sich verschiedene Ämter und die liechtensteinische Industrie- und Handelskammer beteiligte. «Das war und ist auch noch heute ein grosser Lufp für alle Involvierten», so Büchel.

Um die Betriebe zu entlasten, führte die Regierung Kurzarbeitsentschädigung für betroffene Betriebe ein. Derzeit seien es vier Betriebe, die von der Kurzarbeit Gebrauch machten. «Wir alle hoffen, dass dies keine langfristige Lösung ist», betont der Wirtschaftsminister. Von einer bösen Überraschung, wie sie die EU erlebte, geht der Regierungsrat aktuell nicht aus.

Nicht nur die Zölle, welche für Liechtenstein gelten werden, treffen die lokalen Unternehmen: Manche Firmen mit Produktionsstätten beispielsweise in Mexiko sind von den hohen Zöllen stärker betroffen. Doch die liechtensteinischen Betriebe seien gut aufgestellt, um sich auch dieser Herausforderung zu stellen, so Büchel.

Radio-L-Aus und neuer Service Public

Neben dem Spitalbau war Hubert Büchel als Landtagsabgeordneter auch einer der Kritiker von Radio L und sprach sich für eine Privatisierung aus. Bereuen würde er diese Positionie-

rung zwar nicht, betrachte die Angelegenheit aber heute als Medienminister «etwas anders». Damals sei für ihn vor allem das Preisschild sowie die inhaltliche Qualität ausschlaggebend für seine kritische Haltung gewesen.

Obwohl seine Vorgängerin Sabine Monauni ihm zwar den «Brocken Radio L aus dem Weg geräumt» habe, erbt Hubert Büchel eine herausfordernde Aufgabe: «Die Medienlandschaft ist kein Rasen, auf den wir starten können, sondern gleicht eher einer leichten Geröllhalde», so Büchel. Aktuell steht die Prüfung der Gesuche für die Medienförderung nach dem neuen Gesetz an. Mit diesem habe die Medienkommission ein breiteres Aufgabenspektrum erhalten. Unter anderem soll sie über Entwicklungen in der Medienlandschaft sowie die journalistische Qualität im Land berichten. Für die Medienkommission seien einige, vielversprechende Bewerbungen eingegangen, weiss Büchel. Das Ministerium befinde sich zur Zeit im Auswahlverfahren.

Im Koalitionsvertrag kündigten VU und FBP an, einen neuen, medialen Service Public auf die Beine stellen zu wollen. Spruchreif sei diesbezüglich noch nichts, jedoch seien verschiedene Abklärungen im Gange, was möglich wäre und was nicht, so Büchel. Doch einige eigene Ideen hat der Medienminister bereits: «Der Kanal ist meiner Meinung nach

zweitrangig», führt Büchel aus. Wichtiger sei der Inhalt, der auch die junge Generation erreichen soll.

Neues Konzept für Sportanlagen

Ein weiterer Punkt, der in dem Koalitionsvertrag bereits angekündigt wurde, ist das Sportanlagenkonzept Liechtenstein. Hier wird schon einiges geleistet: Es laufen Bedürfnisanalysen für den Spitzensport sowie den Schulsport und es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Die Erwartungen der Sportlerinnen und Sportler seien gross: Der Hockeyclub wünscht sich eine Eishalle, die Schwimmer ein 50-Meter-Bekken. «Wir müssen zuerst einmal abklären, was es braucht und was überhaupt möglich ist», erklärt der Sportminister. Den Blick richtet er daher auch auf die Umsetzung der schon angelaufenen Projekte: die Kletterhalle in Vaduz und das Langlaufzentrum im Steg.

Schwerpunkt Sicherheit

Ein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag und in der Regierungsarbeit wird in der laufenden Legislatur auch das Thema Sicherheit sein. Die Vorgängerregierung hatte bereits ein Sicherheitskonzept erstellt: «Aufbauend auf dem Konzept werden wir eine Sicherheitsstrategie entwickeln», erklärt der Innenminister. Die eingesetzte Arbeitsgruppe sei ministerienübergreifend aufgestellt und beschäftige sich mit einer grossen Bandbreite an möglichen Gefahrenszenarien, wie zum Beispiel Cyberattacken, Stromausfälle oder wirtschaftlichen Zusammenbrüche.

Ein weiterer aktueller Aspekt ist das Waffenrecht: Die FBP hat eine Interpellation angekündigt, in welcher sie sich zu den bestehenden Kontroll-

«Der Kanal ist meiner Meinung nach zweitrangig. Wichtiger ist der Content.»

mechanismen, der Zusammenarbeit der Behörden sowie der Regelung zur Aufbewahrung von Waffen erkunden will. Grundsätzlich begrüsst Büchel die Interpellation und die Chance, dieses Thema mal wieder genauer anzuschauen: «Vielleicht gibt es seit dem letzten Stand einen Erkenntnisgewinn.»

